



Fraktion in Aktion
Arbeitsbericht der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2010



Fraktion in Aktion
Arbeitsbericht der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2010

Inhalt

Vorwort	4	Wir sorgen für die beste medizinische Versorgung	30
Wir bekennen uns zum christlichen Menschenbild	8	Wir schützen unsere Bürger	34
Wir stellen die Weichen für Wachstum und Beschäftigung	10	Wir leisten unseren Beitrag für mehr Frieden und Freiheit in der Welt	38
Wir eröffnen finanzielle Spielräume für künftige Generationen	14	Veranstaltungen	42
Wir treffen Vorkehrungen gegen eine Wiederholung der Finanzkrise	18	Gremien	48
Wir schaffen die Bildungsrepublik Deutschland	22	239 CDU/CSU- Bundestagsabgeordnete	52
Wir ebnen den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien	26	Kontakt	55

Vorwort

Wir machen Deutschland fit für die Zukunft

Vor gut einem Jahr haben wir einen großen Wahlsieg errungen – einen Erfolg, den nur wenige CDU und CSU zugetraut haben. Unsere Bundestagsfraktion zählt heute 239 Mitglieder. Wir haben 13 Mandate mehr als zu Zeiten der Großen Koalition. Die allermeisten Abgeordneten haben ihre Wahlkreise direkt gewonnen. Durch den Zuwachs an Sitzen konnten wir unsere Wunschkoalition mit der FDP bilden.

Dieses Wahlergebnis war ein großer Vertrauensbeweis. Wir sind uns bewusst, dass wir alles dafür tun müssen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Die Bürger erwarten im Kern zwei Dinge von uns: zum einen, dass wir Deutschlands Zukunftschancen mehren, zum anderen, dass wir dabei mit Solidität und Augenmaß vorgehen. Die Fraktion ist sich dieses Auftrags bewusst.

Unsere erste Bilanz in dem neuen Regierungsbündnis kann sich sehen lassen. Die christlich-liberale Koalition hat Deutschland erfolgreich aus der Wirtschafts- und Finanzkrise geführt. Unser Land ist wieder im Aufstieg. Allerdings müssen wir uns auch anstrengen, unsere Position in der Welt zu halten. Deutschland hat dazu alle Möglichkeiten.

Die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mitgestaltete Politik der christlich-liberalen Koalition hat mit dazu beigetragen, die tiefste Wirtschaftskrise, die die Bundesrepublik je erlebt hat, zu überwinden. Im vergangenen Jahr ging das Bruttoinlandsprodukt noch um fünf Prozent zurück, in diesem Jahr erwarten wir nun ein Wachstum von mehr als drei Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist unter die Zahl von drei Millionen gesunken. Die Zahlen sind der Beleg für die Leistungen von Arbeitnehmern und der Wirtschaft.



Volker Kauder, Fraktionsvorsitzender

Aber auch die Politik hat ihren Anteil an dem neuen deutschen Wirtschaftswunder.

Es war richtig, dass wir uns im ersten Jahr der christlich-liberalen Koalition noch einmal mit einem Kraftakt gegen die Krise gestemmt haben. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat die Bürger um 21 Milliarden Euro entlastet, insbesondere die Familien. Sie liegen CDU und CSU als Parteien,

die dem christlichen Menschenbild verpflichtet sind, besonders am Herzen. Durch die Regelungen zur Kurzarbeit konnten wir Massenentlassungen vermeiden. Nun im Aufschwung können die Unternehmen wieder auf ihre bewährten Mitarbeiter zurückgreifen. Diese Partnerschaft in den Betrieben ist weltweit einmalig.



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit dem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und seinem Ersten Stellvertreter, dem CSU-Landesgruppenvorsitzenden Dr. Hans-Peter Friedrich

Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft hat sich gerade in der Krise wieder bewährt. Einer seiner Pfeiler ist, dass jeder Markt Regulierung benötigt, um Exzessen vorzubeugen. Dies gilt besonders für die Finanzmärkte. Hier sind wir mit unseren Reformbemühungen weltweit noch nicht weit genug gekommen. Auch die Stabilität unseres Euro müssen wir immer im Blick behalten. Der Kurs der von Angela Merkel geführten Bundesregierung

in der Griechenland-Krise hat sich als richtig herausgestellt.

Die christlich-liberale Koalition wird nur erfolgreich sein, wenn sie geschlossen auftritt. Dies ist uns im ersten Jahr nicht immer gelungen. Jetzt aber gehen wir kraftvoll die Entscheidungen an, die Deutschland braucht und die in die Zukunft reichen.

Mit unserem Energiekonzept leiten wir die Energiewende ein. Es trägt in besonderem Maße die Handschrift der Fraktion. In der Sozialpolitik beschreitet die Koalition neue Wege. Wir werden vor allem – anders als Rot-Grün – mehr für die Kinder tun. Kinder sollen bessere Chancen bekommen. Gerade für sie reicht es nicht, nur mit immer mehr Geld einen Status abzusichern. Sie brauchen Entwicklungs- und Bildungschancen, die ihnen einen späteren Aufstieg ermöglichen. Unsere Politik ist das Gegenteil von sozialer Kälte. Sozial kalt sind die, die sich mit den Verhältnissen abfinden wollen.

In der Koalition mit der FDP lösen wir die Probleme, die die Vorgängerregierungen nicht lösen konnten oder wollten. Mit dem Umbau der Bundeswehr beginnen wir. Der Einstieg in die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist geschafft – im Sinne der nächsten Generationen. Wir werden auch noch einmal eine Bilanz der Integrationspolitik ziehen. Wir

dürfen niemanden verloren geben. In der Bildungspolitik dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Bildung ist das Zukunftsthema.

Politik braucht Mut. Der Erhalt des Status quo ist zu wenig. Wir müssen in Deutschland die Zukunft gestalten.



Volker Kauder MdB

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir bekennen uns zum christlichen Menschenbild

Wir leben heute in einer Zeit des raschen Wandels, der viele Menschen verunsichert. An die Politik richten sie daher die Frage, an welchen Wertmaßstäben sie sich orientiert. Wir Christdemokraten können ihnen eine klare Antwort geben: Als Parteien, die seit 60 Jahren das „C“ im Namen führen, sind wir dem christlichen Menschenbild in allen unseren Entscheidungen verpflichtet. Maßgeblich geprägt wird dieses Menschenbild von zwei Gedanken: Es leitet aus der Gottesebenbildlichkeit des Menschen seine unantastbare Würde ab und geht zugleich davon aus, dass der Mensch „zur Freiheit berufen“ ist. Das klingt abstrakt, hat aber für die Arbeit der Bundestagsfraktion ganz konkrete Konsequenzen. Man kann das an zwei Beispielen deutlich machen:

Die Finanzmarktkrise hat uns nachdrücklich vor Augen geführt, dass eine Rechnung nicht aufgeht, die die Gewinnorientierung vom Gemeinwohl

ablöst. Die Vorstellung, jeder könne ohne Rücksicht auf das Ganze seinen Interessen nachgehen, weil der Markt die unterschiedlichen Interessen automatisch ausgleiche, mag weit verbreitet sein. Sie ist aber eine Illusion. Das christliche Menschenbild weiß um diese Illusion und verpflichtet uns deshalb zu einer in Ordnung gesicherten Freiheit – oder, um es mit den Worten Ludwig Erhards zu sagen: Es verpflichtet uns zur Sozialen Marktwirtschaft. Die Notwendigkeit von Sozialtransfers als Akt der Solidarität werden wir deshalb niemals infrage stellen. Unser Ziel darf jedoch nicht die dauerhaft erträgliche Ausgestaltung der Not sein. Vielmehr muss es darum gehen, dem in Not geratenen Menschen eine Rückkehr zu einem Leben in Freiheit zu ermöglichen. Es gilt, Hartz IV nicht möglichst bequem auszugestalten, sondern die Menschen aus Hartz IV herauszuholen. Von diesem Ziel haben wir uns auch bei der Reform der Grundversicherung für Arbeitsuchende leiten lassen. Die

Regelsätze erhöhen wir daher nur leicht; mit einem Bildungspaket investieren wir aber kraftvoll in die Fähigkeiten bedürftiger Kinder.

Eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes setzt sich zudem mit Nachdruck für die Familie ein. Sie ist das Beste, was wir haben. Maßgeblich für unser Handeln ist dabei die Einsicht, dass in der modernen Gesellschaft die wirkliche Gefahr für die Familie nicht in frühkindlicher Betreuung, sondern darin besteht, dass es ohne Betreuungsmöglichkeiten in vielen Fällen nicht mehr zur Familiengründung kommt. Wer an der Familie festhalten will, der muss deshalb die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen.

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten geht es uns aber nicht um die Festschreibung eines Lebensmodells. Wir verspotten auch nicht – wie ihr Vorsitzender – diejenigen Frauen als „Heimchen“, die ihre Berufstätigkeit für ihre Kinder zurückstellen. Wir wollen Frauen wirkliche Wahlfreiheit geben. Deshalb muss es unser Anliegen sein, die finanzielle Situation der Familien zu stärken. Aus diesem Grund haben wir gleich nach der Bundestagswahl den Kinderfreibetrag und das Kindergeld deutlich angehoben. Allein zum 1. Januar sind damit Entlastungen für Familien im Umfang von 4,6 Milliarden Euro in Kraft getreten.

Als Christdemokraten ist es nicht zuletzt unsere Pflicht, mit Nachdruck deutlich zu machen, worin die Gemeinwohldienste des christlichen Glaubens bestehen. Er prägt viele alltägliche



Andachtsraum im Reichstag

Entscheidungen im Sinne einer solidarischen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates. Wenn aber der christliche Glaube eine Wertordnung vermittelt, die die solidarische Gesellschaft und den demokratischen Verfassungsstaat stärkt und stützt, dann muss es auch in ihrem Interesse sein, den christlichen Glauben zu stärken und zu stützen.

Es besteht deshalb beispielsweise guter Grund, den Religionsunterricht an unseren Schulen zu fördern oder an der bewährten Kooperation zwischen Staat und Kirche festzuhalten. Es besteht kein Grund, sich als Glaubender zu verstecken. Das gilt auch für Politiker, die sich in ihrem Handeln auf ihren christlichen Glauben berufen. Denn eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes, so hat es unlängst der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz zum Auftakt einer Veranstaltungsreihe der Bundestagsfraktion zum „C“ in unserem Parteinamen formuliert, ist keine Politik für Christen, sondern für alle Menschen in unserem Land.



Wir stellen die Weichen für Wachstum und Beschäftigung

Deutschland ist erheblich besser aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise herausgekommen als viele andere Länder. Die Wachstumsprognosen für das laufende Jahr wurden sukzessive nach oben korrigiert auf über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Auch die Voraussagen für das Jahr 2011 zeigen, dass der Trend nachhaltig ist. Die Entwicklung der Exporte war in den letzten Monaten sehr beeindruckend mit einem Zuwachs von fast 20 Prozent im ersten Halbjahr. Die Arbeitslosenquote liegt mit sieben Prozent deutlich unter dem Durchschnitt der Euro-Zone mit zehn Prozent. Diese Zahlen belegen eindrucksvoll das erfolgreiche Krisenmanagement der unionsgeführten Bundesregierung.

Wachstumsbeschleunigungsgesetz

Mit dem Ziel, unser Land gestärkt aus der Krise zu führen, hat die christlich-liberale Koalition gleich zu Beginn der Legislaturperiode mit dem

Wachstumsbeschleunigungsgesetz die Rahmenbedingungen für die Unternehmen weiter verbessert und die Wachstumskräfte gestärkt. Die Entlastungen für Bürger und Unternehmen summieren sich zusammen mit weiteren Maßnahmen auf circa 24 Milliarden Euro.

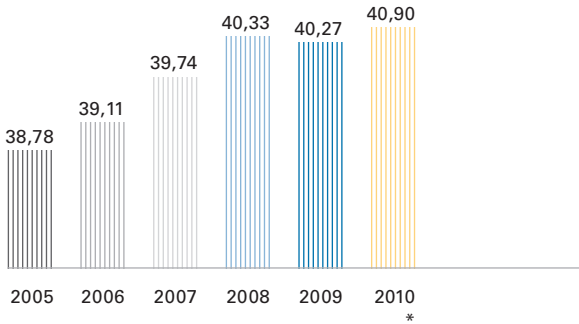
Bürokratieabbau

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat in den folgenden Monaten weitere Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland gestellt. Auf diesem Weg werden wir weitergehen: Wir wollen die Unternehmen von überflüssiger Bürokratie entlasten. Um dies zu erreichen, werden wir die Rolle des Normenkontrollrates weiter stärken und seine Kompetenzen auf die Prüfung aller Gesetzesvorhaben ausweiten.

Erwerbstätige

Angaben in Millionen

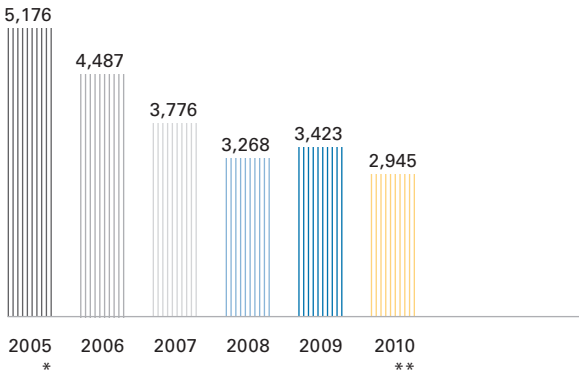
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, * Oktober 2010



Arbeitslose

Angaben in Millionen, Quelle: Bundesagentur für Arbeit,

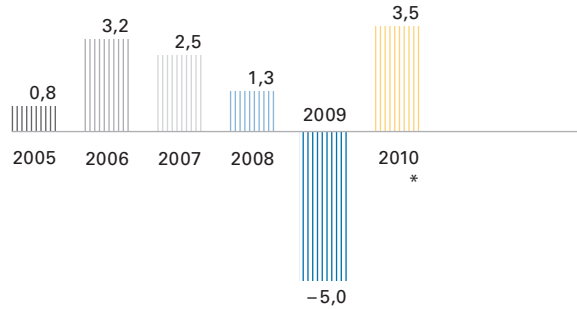
* März 2005, ** Oktober 2010



Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

Angaben in Prozent, Quelle: Statistisches Bundesamt

* Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsinstitute, Okt. 2010





Energieversorgung

Der Koalition ist es gelungen, ein Energiekonzept aus einem Guss vorzulegen, das alle energie-wirtschaftlich relevanten Politikbereiche anspricht. Es hat zum Ziel, eine bezahlbare, zuverlässige und umweltverträglichen Energieversorgung zu gewährleisten und damit den Industriestandort Deutschland zu stärken. Dieses Konzept hebt sich wohlthuend von einer Energie- und Klimaschutz-politik rot-grüner Prägung ab, die konkrete Schritte zur Entwicklung alternativer Energiequellen und

zur Steigerung der Energieeffizienz weitgehend schuldig geblieben ist. Wir werden mit Blick auf eine bezahlbare Energieversorgung auch darauf achten, dass die energieintensiven Industrien im internationalen Wettbewerb bei der Besteuerung von Energie und Strom nicht benachteiligt werden.

Weitere Informationen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter www.cducusu.de/wirtschaft www.cducusu.de/arbeitsundsoziales



Wir eröffnen finanzielle Spielräume für künftige Generationen

In der Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir ganz bewusst ein höheres Defizit im Interesse der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung und im Interesse der Rettung des gefährdeten Finanzsektors zugelassen. Die demografische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte macht aber jetzt eine konsequente Konsolidierung der öffentlichen Finanzen unabdingbar. Die nachhaltige Rückführung der öffentlichen Verschuldung ist im Sinne der Generationengerechtigkeit eine der herausragenden gesellschaftspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Spiegelbild dieser Aufgabe ist die verfassungsrechtliche Verpflichtung zur Einhaltung der Schuldenbremse, die bis zum Jahre 2016 eine deutliche Rückführung des strukturellen Haushaltsdefizits einfordert. Dieser Verpflichtung kommen wir mit unserem Zukunftspaket nach, das den Schwerpunkt der Konsolidierung auf die Beschränkung der Ausgaben, aber auch auf den Abbau von Subventionen setzt.

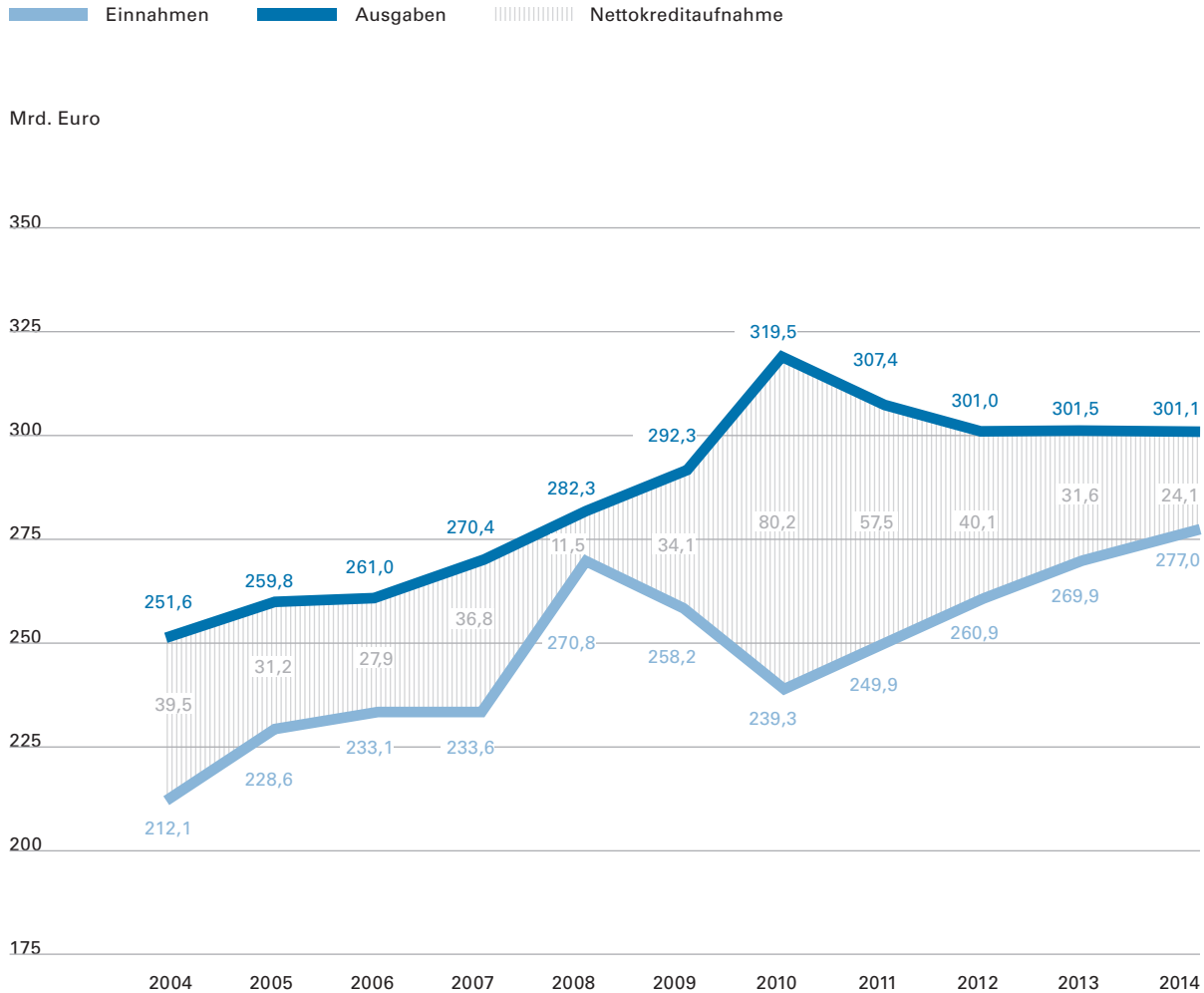
Nettokreditaufnahme senken

Während der Bundeshaushalt des laufenden Jahres mit einer Nettokreditaufnahme von voraussichtlich 50 bis 55 Milliarden Euro noch ganz im Zeichen der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise stand, wollen wir über den gesamten Finanzplanungszeitraum die Nettokreditaufnahme des Bundes bis zum Jahre 2014 auf circa 24 Milliarden Euro zurückführen. Die hierfür erforderlichen Begrenzungen der Ausgaben im Bereich Arbeit und Soziales, dem größten Ausgabenposten im Bundeshaushalt mit einem Anteil von deutlich über 50 Prozent im Jahre 2010, sind maßvoll und politisch gut vertretbar. Die christlich-liberale Koalition hat sich zudem darauf verständigt, im Interesse der Zukunftssicherung die Ausgaben für Bildung und Forschung nicht nur nicht zu kürzen, sondern weiter aufzustocken. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, werden wir die Ausgaben für Bildung und Forschung im Zeitraum zwischen 2010 und 2013 um insgesamt zwölf Milliarden Euro erhöhen.

Entwicklung von Einnahmen, Ausgaben und Nettokreditaufnahme

Ist 2004 bis 2009, Soll 2010 (Stand: Juli), Regierungsentwurf 2011 bis 2014

Quelle: Grafik AG Haushalt





Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Peter Altmaier und der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder auf der Fraktionsklausur im September 2010

Europäisches Defizitkriterium

Die Euro-Krise ist ein Fingerzeig, dass solide Staatsfinanzen für die Stabilität des Gemeinwesens und für die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung unabdingbar sind. Deshalb ist es das unverrückbare Ziel der christlich-liberalen Koalition, bis zum Jahre 2013 das europäische Defizitkriterium von drei Prozent wieder einzuhalten.

Damit setzen wir auch ein positives Signal für den gesamten Euro-Raum.

Weitere Informationen zur Haushaltspolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter www.cducsu.de/haushalt



Wir treffen Vorkehrungen gegen eine Wiederholung der Finanzkrise

Die Finanzmarktpolitik stand und steht auch in den nächsten Monaten ganz im Zeichen der Krisenbewältigung. Die sich im Frühjahr dieses Jahres zuspitzende Krise im Euro-Raum zwang die Mitgliedstaaten zu einer beispiellosen Rettungsaktion, indem sie Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus übernommen haben. Dies nötigte die Koalition zu einem beispiellosen Gesetzgebungsprozess. Mit Kreditgarantien in einem Umfang von 123 Milliarden Euro im Rahmen eines europäischen Gesamtpaketes in Höhe von 750 Milliarden Euro haben die unionsgeführte Bundesregierung und die Koalition Verantwortung für Deutschland, Europa und für unsere gemeinsame Währung übernommen. Mit diesen Garantien konnte die Lage an den europäischen Finanzmärkten beruhigt und eine Destabilisierung des europäischen Währungsraums verhindert werden.

Regulierung des Finanzmarktes

Dabei wollen wir aber nicht stehen bleiben. Wir wollen Vorkehrungen schaffen, damit sich solche Krisen nicht wiederholen. Auf diesem Wege sind erste Erfolge erzielt worden und weitere Fortschritte erkennbar. Bereits unmittelbar nach der Schaffung des europäischen Rettungsschirms hat die Koalition ein Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte verabschiedet, das insbesondere ein Verbot sogenannter Leerverkäufe von Aktien und Staatsschuldtiteln ermöglicht und die rechtlichen Grundlagen für die dafür erforderliche Fachaufsicht verbessert. Im Gesetzgebungsprozess befindet sich zudem ein Gesetzentwurf zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, der zudem die Einführung einer Sonderabgabe für alle Kreditinstitute vorsieht, deren Aufkommen für die Bewältigung zukünftiger Krisensituationen verwendet werden soll. Die Koalition unterstützt



Die Abgeordneten treffen sich dienstags in der Sitzungswoche im Fraktionssaal

überdies die Anstrengungen auf europäischer und internationaler Ebene zur Schaffung einer wirksameren Finanzmarktregulierung, etwa im Rahmen des Basel-II-Prozesses zur Schaffung strengerer Eigenkapitalvorschriften. Ebenso wichtig sind Schritte zur Wiederherstellung und Verbesserung der Wirksamkeit der Regeln des europäischen Stabilitätspaktes, der unter der rot-grünen Bundesregierung verwässert wurde.

Weitere Informationen zur Finanzpolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter www.cduscu.de/finanzen



Angela Merkel in der Fraktionsitzung



Volker Kauder spricht zu den Abgeordneten



Die Vollversammlung ist oberstes Beschlussorgan und Stimmungsbarometer der Fraktion



Wir schaffen die Bildungsrepublik Deutschland

Unser Land ist erneut auf einem starken Wachstumskurs: Die Zahl der Arbeitslosen sinkt rasch und dürfte bald die Drei-Millionen-Marke unterschreiten. Damit sich diese Entwicklung auch in Zukunft fortsetzt, haben wir mit der Reform der Jobcenter die „Hilfe aus einer Hand“ in eine verfassungsgemäße Form überführt, ohne neue Bürokratie zu schaffen. Die Jobcenter wurden organisatorisch und inhaltlich neu aufgestellt. Dies alles fördert noch mehr Qualität und Effektivität in der Arbeitsvermittlung, sodass die betroffenen Menschen eine optimale Hilfe auf dem Weg aus der Erwerbslosigkeit erhalten.

Hartz-IV-Sätze bleiben stabil

Darüber hinaus haben wir in den vergangenen Monaten eine umfassende Reform des Leistungsrechts in der Grundsicherung für Arbeitsuchende beschlossen. Die Hartz-IV-Sätze bleiben stabil: Sie werden für Erwachsene leicht erhöht, für Kinder

und Jugendliche nicht gesenkt. Mit der von Bundesministerin Ursula von der Leyen erarbeiteten Neubemessung liegen nun transparent und nachvollziehbar berechnete Sätze auch für Kinder und Jugendliche vor. Nur dazu und nicht zu einer Erhöhung der Regelleistung hatte das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber verpflichtet.

Appell an Eigenverantwortung

Die Notwendigkeit von Sozialtransfers als Akt der Solidarität stellt die Union grundsätzlich nicht infrage. Ziel darf aber nicht die dauerhaft erträgliche Ausgestaltung der Not sein. Das wäre auch denjenigen gegenüber ungerecht, die mit harter Arbeit ein geringes Einkommen erwirtschaften. Vielmehr geht es uns Christdemokraten darum, den in Not geratenen Menschen eine Rückkehr zu einem Leben in Freiheit und Eigenverantwortung zu ermöglichen. Dieses Ziel erreichen wir lang-

fristig durch eine Politik, die in die Fähigkeiten und Köpfe der Kinder und Jugendlichen mit SGB-II-Bezug investiert. Zentraler Bestandteil unserer Neugestaltung der Grundsicherung ist deshalb ein Bildungspaket in Höhe von 620 Millionen Euro pro Jahr.

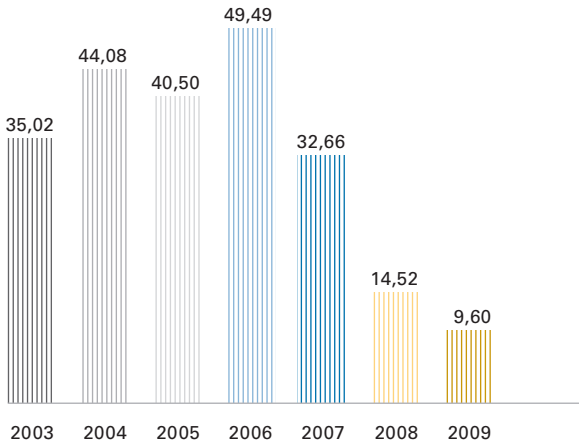
Breit gefächerte Bildungsoffensive

Das Bildungspaket ist jedoch nur ein Bestandteil einer breit gefächerten Bildungsoffensive, die allen zugutekommt: Trotz aller notwendigen Sparanstrengungen haben wir für das Jahr 2011 die Mittel für Bildung und Forschung um rund 2,3 Milliarden Euro erhöht.

Unvermittelte Lehrstellenbewerber

Angaben in Tausend

Quelle: Bundesagentur für Arbeit



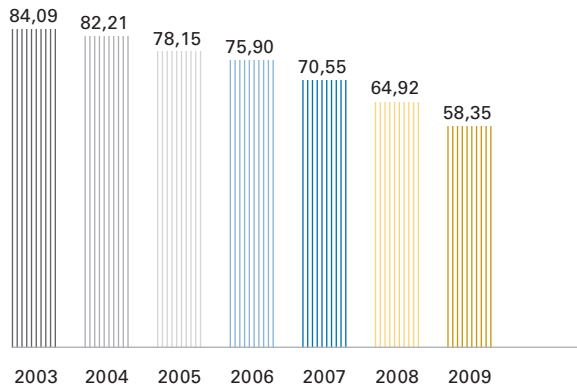
Mit den beschlossenen Maßnahmen zur Förderung schwacher Schüler im Rahmen von Bildungsketten, mit dem Hochschulpakt, der gemeinsam mit den Ländern 275.000 zusätzliche Studienplätze schafft, mit einer weiteren Erhöhung des BAföG, mit dem nationalen Stipendienprogramm und dem Ausbau der Förderung der Begabtenförderwerke haben wir im vergangenen Jahr die Bundesrepublik – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – auf den Weg zur Bildungsrepublik gebracht.

Weitere Informationen zur Bildungs- und Sozialpolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter www.cduscsu.de/bildung www.cduscsu.de/arbeitsundsoziales

Schulentlassene ohne Abschluss

Angaben in Tausend

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Bertelsmann-Stiftung, Statistisches Bundesamt







Wir ebnen den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien

Unter intensiver Mitarbeit der Fraktion hat die Bundesregierung erstmals ein umfassendes Energiekonzept vorgelegt, mit dem die gesetzten Klimaziele tatsächlich erreicht werden können. Es unterstützt dynamisches Wirtschaftswachstum und ist sozial ausgewogen. Zum ersten Mal überhaupt liegt ein ideologiefreies, technologieoffenes und marktorientiertes Energieprogramm aus einem Guss vor, das alle energiewirtschaftlich relevanten Bereiche umfasst.

Energiekonzept für die Zukunft

Mit dem Konzept soll das Energiesystem der Zukunft so gestaltet werden, dass Deutschland bei wettbewerbsfähigen Energiepreisen und hohem Wohlstandsniveau eine der energieeffizientesten und umweltschonendsten Volkswirtschaften der Welt wird. Erarbeitet wurde eine bis in das Jahr 2050 reichende Strategie, in der erstmalig der Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien konkret

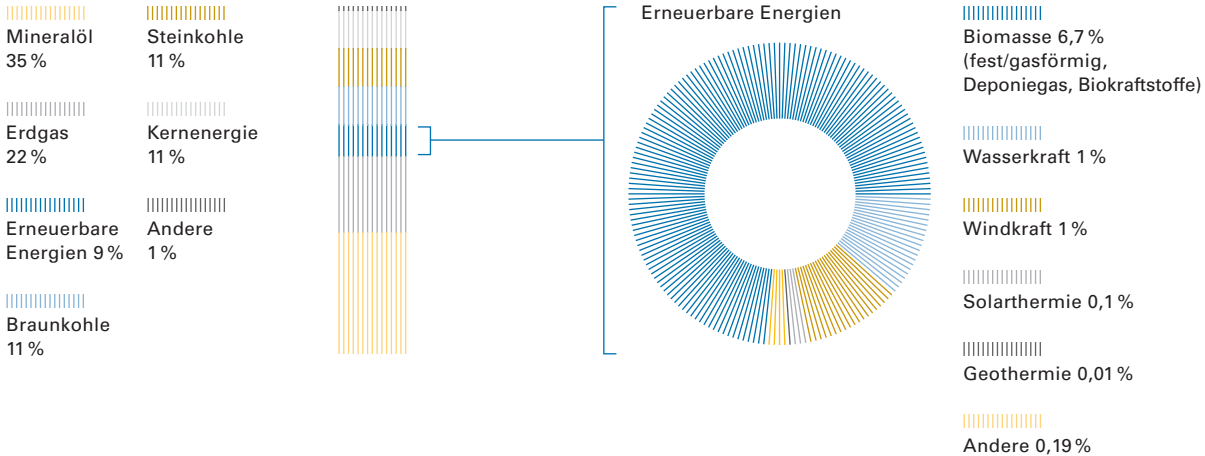
beschrieben wird. Mit diesem Energieprogramm, das bis zu 60 Einzelmaßnahmen umfasst, setzen wir nicht nur nationale, sondern auch internationale Maßstäbe. Um Klimaschutz, Versorgungssicherheit und sozial verträgliche Strompreise zu sichern, werden die Laufzeiten der sicheren deutschen Kernkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre verlängert. Die Kernenergie bildet damit eine Brücke in das Zeitalter der erneuerbaren Energien.

Erneuerbare-Energien-Gesetz

Ein wesentlicher Stützpfeiler zum Übergang in dieses Zeitalter ist die anstehende Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes: ein politischer Kraftakt, der die Balance zwischen erforderlicher finanzieller Förderung und Subventionsbeschränkung halten muss. Wie schwierig dies ist, haben die Widerstände gegen die notwendige Anpassung der Vergütungssätze für Photovoltaik gezeigt.

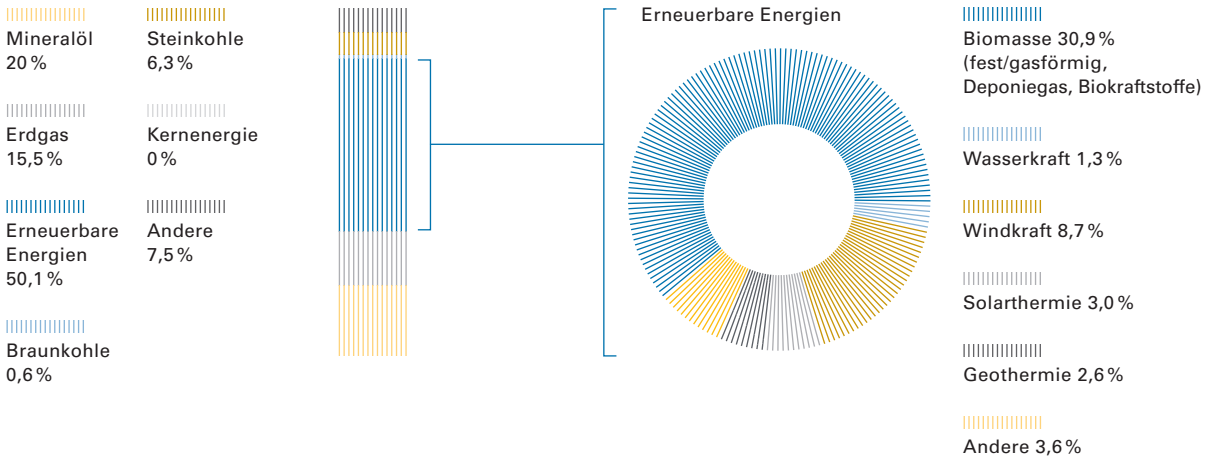
Primärenergieverbrauch in Deutschland 2009

Quelle: AG Energiebilanzen, AGEE-Stat



Primärenergieverbrauch in Deutschland 2050

Quelle: Studie für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie





Gerade einkommensschwache und kinderreiche Haushalte müssen aber vor zu hohen Belastungen geschützt werden.

Recycling und Naturschutz

Bei der Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wollen wir eine Verbesserung der Ressourceneffizienz und eine deutliche Stärkung des Recyclings erreichen.

Um die Artenvielfalt zu schützen und den Naturschutz zu stärken, werden wir, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die nationale Strategie für biologische Vielfalt mit einem Bundesprogramm umsetzen.

Weitere Informationen zur Umwelt- und Energiepolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter www.cducsu.de/umwelt



Wir sorgen für die beste medizinische Versorgung

Wir wollen, dass auch in Zukunft alle Menschen in unserem Land unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem gesundheitlichen Risiko und Alter wohnortnah die beste medizinische Versorgung erhalten. Die Herausforderung, vor die der demografische Wandel unser Gesundheitssystem stellt, können wir nur mit einer gemeinschaftlichen Anstrengung meistern. Deshalb haben wir im Rahmen der Gesundheitsreform von allen Seiten einen fairen Beitrag zur finanziellen Stärkung des Gesundheitssystems eingefordert: von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern, den Ärzten, Zahnärzten und Apothekern, den Krankenhäusern, Krankenkassen und auch den Pharmaherstellern. Unsere Reform hat den Leistungsumfang für die Patienten nicht eingeschränkt.

Sozialausgleich

Wir haben nicht nur das für das Jahr 2011 erwartete Defizit der gesetzlichen Krankenkassen in

Höhe von elf Milliarden Euro beseitigt, sondern zugleich die Weichen für die kommenden Jahre gestellt: Da wir die Gesundheits- von den Lohnnebenkosten entkoppelt haben, wird künftig ein Mehr an Gesundheit nicht zu einem Weniger an Beschäftigung führen. Dabei wird niemand überfordert: Übersteigt der Zusatzbeitrag, den eine Kasse erhebt, zwei Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens, erfolgt ein automatischer Sozialausgleich. Damit wird niemand zum Bittsteller gemacht. Der Ausgleich wird von allen Steuerzahlern finanziert: Das ist gerecht, ausgewogen und für alle zumutbar.

Pflegeversicherung

Im Jahr 2011 wird die Reform der Pflegeversicherung im Zentrum unserer Arbeit stehen. Die Pflege und auch die Pflegeversicherung müssen sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und nicht umgekehrt. Wir werden deshalb den

Pflegebegriff anpassen, der sich heute zu sehr auf körperliche Einschränkungen konzentriert, anderweitigen Betreuungsbedarf aber nur ungenügend berücksichtigt. Vor allem Menschen mit Demenzerkrankungen werden derzeit benachteiligt. Darüber hinaus werden wir eine ergänzende Kapitaldeckung einführen, damit diese notwendige und wichtige Säule der Sozialversicherung auch für künftige Generationen erhalten bleibt. Um dem Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken, der sich in der Pflegebranche abzeichnet, müssen wir die Ausbildung und das Berufsbild der Pflegeberufe attraktiver gestalten.

Weitere Informationen zur Gesundheitspolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter www.cducusu.de/gesundheits



Regierungserklärung der Kanzlerin



Die CDU/CSU-Fraktion im Plenum



Plenarsitzung des Bundestages



Wir schützen unsere Bürger

Die innenpolitische Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist von der Einsicht geprägt, dass es ohne Sicherheit keine Freiheit geben kann. Das umfasst den Schutz vor Kriminalität und Terrorismus sowie den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus und die organisierte Kriminalität müssen wir die Sicherheitsgesetze der letzten Jahre überprüfen. Mit Nachdruck treiben wir die Einführung einer Visawarndatei voran. Der zunehmenden Gewalt gegen unsere Polizeibeamten und Rettungskräfte treten wir entgegen, indem wir das Strafrecht verschärfen.

Bekämpfung von Kinderpornografie

Der Kampf gegen die Darstellung des sexuellen Missbrauchs von Kindern hat für uns höchste Priorität. Dazu müssen entsprechende Seiten im Internet gelöscht, wenn erforderlich auch gesperrt

werden. Damit Straftaten wirksam verfolgt werden können, müssen die Telekommunikationsdaten wieder gespeichert werden. Eine Neuregelung zur Speicherung der Verkehrsdaten halten wir für überfällig und fordern sie von unserem Koalitionspartner ein. Beim Datenschutz für die Beschäftigten bringen wir die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einen angemessenen Ausgleich.

Verbesserte Integration

Die Integration von Migranten ist ein weiterer Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Konkret stehen die Verbesserung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Rechtsänderungen zur Bekämpfung von Zwangsheiraten an. Unsere Integrationspolitik verfolgt das Leitbild des Förderns und Forderns; die Akzeptanz unserer Werteordnung ist für uns unverzichtbar. Wir haben bei dieser Querschnittsaufgabe jedes einzelne Politikfeld im Blick.



Rechtspolitik

Im Bereich der Rechtspolitik hat die Neuregelung des Systems der Sicherungsverwahrung höchste Priorität. Mit dem neuen Konzept der Sicherungsunterbringung sind wir auch bei den Altfällen auf gutem Wege. Im Familienrecht werden wir bei der Neugestaltung des Sorgerechts für nichteheliche Kinder eine Lösung im Sinne des Kindeswohls finden, die ein gemeinsames Sorgerecht, soweit es geht, ermöglicht.

Das Insolvenzrecht werden wir mit dem Ziel einer Erleichterung der Sanierung von Unternehmen weiterentwickeln, damit die Chancen für eine Restrukturierung und Fortführung existenzgefährdeter Unternehmen verbessert werden. Bei der Reform des Mietrechts stehen Regelungen zur Erleichterung klima- und umweltfreundlicher Sanierungen und zur wirksamen Bekämpfung von Mietnomaden an.

Weitere Informationen zur Innen- und Rechtspolitik der Fraktion finden Sie im Internet unter www.cducsu.de/innen www.cducsu.de/recht



Wir leisten unseren Beitrag für mehr Frieden und Freiheit in der Welt

Deutschland ist international ein verlässlicher Partner. Als Exportnation hängt unser Land entscheidend von stabilen und friedlichen internationalen Beziehungen ab, um seinen wirtschaftlichen Erfolg zu sichern. Das christliche Menschenbild verpflichtet uns zum Einsatz für Freiheit und Menschenrechte. Neben den engen Beziehungen zu unseren westlichen Partnern und Verbündeten werden stabile Partnerschaften mit wirtschaftlich starken und dynamischen Ländern wie Brasilien, Indien und China zunehmend wichtiger.

Verschärfung des Stabilitätspaktes

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass die Europäische Währungsunion eine große Errungenschaft ist, die unsere Wirtschaft vor den schlimmsten Auswirkungen der Finanzkrise geschützt hat. Gleichzeitig schadet die unverantwortliche Haushaltspolitik einiger Mitgliedsländer dem gesamten Euro-Raum. Deshalb setzen

wir uns mit Nachdruck für eine Verschärfung des Stabilitätspaktes ein. Mit dem Vertrag von Lissabon ist es gelungen, die Europäische Union zu stärken. Wir wollen dazu beitragen, dass Europa in der Welt gehört wird. Der Europäische Auswärtige Dienst ist die dringend notwendige „Stimme der Europäischen Union in der Welt“.

Stabilität und Sicherheit auch im Ausland

Unser Einsatz in Afghanistan ist ein wichtiger Beitrag für regionale Stabilität und damit für unsere Sicherheit. Es darf keine neuen Rückzugsräume für den internationalen Terrorismus geben. Unsere Soldaten leisten im Norden Afghanistans unter schwierigsten Bedingungen Eindrucksvolles. Ziel ist es, im kommenden Jahr mit der Übergabe der Verantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte zu beginnen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zollt unseren Soldaten für ihren Einsatz Dank und Anerkennung.

Die Stärke der deutschen Einsatzkontingente

Quelle: Bundesministerium der Verteidigung



Gesamt: ca. 7.230 Soldaten
Stand: Oktober 2010

ISAF

Afghanistan

Gesamt: 4.830
Davon Frauen: 185
Davon Reservisten: 355
Davon FWDL*: 130

UNAMA

Afghanistan

Gesamt: 1
Davon Frauen: 0
Davon Reservisten: 0
Davon FWDL*: 0

KFOR

Kosovo

Gesamt: 1.570
Davon Frauen: 120
Davon Reservisten: 165
Davon FWDL*: 95

EUFOR

Bosnien und Herzegowina

Gesamt: 125
Davon Frauen: 8
Davon Reservisten: 15
Davon FWDL*: 3

UNMIS

Sudan

Gesamt: 30
Davon Frauen: 1
Davon Reservisten: 0
Davon FWDL*: 0

UNAMID

Sudan

Gesamt: 4
Davon Frauen: 0
Davon Reservisten: 0
Davon FWDL*: 0

UNIFIL

Libanon

Gesamt: 250
Davon Frauen: 10
Davon Reservisten: 0
Davon FWDL*: 35

ATALANTA

Horn von Afrika

Gesamt: 325
Davon Frauen: 15
Davon Reservisten: 8
Davon FWDL*: 25

EUSEC

Kongo

Gesamt: 3
Davon Frauen: k. A.
Davon Reservisten: k. A.
Davon FWDL*: k. A.

ACTIVE ENDEAVOUR

Mittelmeer

Gesamt: 35
Davon Frauen: k. A.
Davon Reservisten: k. A.
Davon FWDL*: k. A.

EUTM

Somalia

Gesamt: 10
Davon Frauen: k. A.
Davon Reservisten: k. A.
Davon FWDL*: k. A.

STRATAIRMEDEVAC

In Deutschland zur Evakuierung aus medizinischen Gründen bereitgehalten

Gesamt: 40
Davon Frauen: k. A.
Davon Reservisten: k. A.
Davon FWDL*: k. A.

* FWDL: Freiwillig zusätzlichen Wehrdienst Leistende

Gleichzeitig setzen wir uns im Parlament dafür ein, dass die Versorgung der Soldaten und ihrer Angehörigen verbessert wird.

Reform der Bundeswehr

Die Bundeswehr steht vor der größten Reform ihrer Geschichte. In den vergangenen Monaten hat die Fraktion sich intensiv an der Diskussion über die Neuausrichtung der Bundeswehr beteiligt und dabei eng mit dem Verteidigungsminister zusammengearbeitet. Gemeinsames Ziel ist es, die Struktur so zu gestalten, dass die Bundeswehr unser Land effektiv schützt und im Verbund mit unseren Partnern alle sicherheitspolitischen Aufgaben auch außerhalb des Bündnisgebietes erfüllen kann.

Menschenwürde

In der Entwicklungszusammenarbeit bekämpfen wir Armut und Strukturdefizite. Wir lassen uns dabei vom Grundsatz der Menschenwürde leiten. Im Bundestag setzen wir uns für Religionsfreiheit und gegen die Diskriminierung von Christen in der Welt ein.

Weitere Informationen zur Außen-, Sicherheits-, Europa-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik der Fraktion finden Sie unter
www.cducusu.de/aussen
www.cducusu.de/verteidigung
www.cducusu.de/europa
www.cducusu.de/entwicklung
www.cducusu.de/menschenrechte

Veranstaltungen

Seit Beginn der Legislaturperiode hat sich die CDU/CSU-Fraktion in einer Reihe von Kongressen und Fachgesprächen mit aktuellen politischen Fragestellungen beschäftigt. Soziale und wirtschaftliche Themen sowie Forschung, Innovation und Umwelt standen auf dem Programm. Einen zentralen Stellenwert nimmt die Veranstaltungsreihe „Das ‚C‘ ist für uns Programm“ ein, die 2011 fortgeführt wird. Darin lotet die Union aus, wie die christlichen Werte in konkrete Politik umgesetzt werden können.

19.04.2010

Energisch elektrisch! – Mit Hochdruck zum Stromauto (Fachgespräch)

Dank neuer Technologien steigt die Zahl der Elektroautos, dies bietet Chancen für Wirtschaft, Umwelt und individuelle Mobilität.

22.04.2010

Gewalt gegen Polizeibeamte (Expertengespräch)

Zunehmende Angriffe auf Polizisten machen es erforderlich, den Schutz der Beamten zu verbessern.

14.06.2010

Arbeit grenzenlos (Fachgespräch)

Ab dem 1. Mai 2011 gilt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und acht im Jahr 2004 beigetretenen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die Folgen für den Arbeitsmarkt sind dabei erheblich.

28.06.2010

Nanotechnologie für Verbraucher und Forschung (Kongress)

Als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts bietet die Nanotechnologie große Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft.



Kongress „Das ‚C‘ ist für uns Programm“

07.07.2010

Deutschlands und Europas Rohstoffversorgung sichern (Kongress)

Eine sichere Rohstoffversorgung zu bezahlbaren Preisen ist von existenzieller nationaler und internationaler Bedeutung.

27.09.2010

Das „C“ ist für uns Programm – Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes (Kongress)

Der Auftaktveranstaltung folgen Fachgespräche zu speziellen Themen wie „Wertegeleitete Außenpolitik“, „Wirtschaftsethik“ und „Schutz des Lebens“.

29.09.2010

Klima und Energie – Technologien für eine nachhaltige Zukunft (Kongress)
Zukunftstechnologien bieten Chancen und Herausforderungen für die Energieversorgung am Wirtschaftsstandort Deutschland.

30.09.2010

Stärkung der DDR-Aufarbeitung durch Zeitzeugenbüro und Begegnungsstätte (Fachgespräch)

Die Aufarbeitung der DDR-Diktatur ist der Fraktion ein grundsätzliches Anliegen. Die Arbeit mit Zeitzeugen soll dabei helfen, dass die jüngste Geschichte nicht in Vergessenheit gerät.

04.10.2010

Pflege – Wo ist politisches Handeln gefragt? (Kongress)

Durch den demografischen Wandel ergeben sich für Politik, Gesellschaft und Angehörige von Pflegebedürftigen neue Herausforderungen.

06.10.2010

Der Ast, auf dem wir sitzen – Vor den UN-Gipfeln in Japan und Mexiko: Entscheidung für biologische Vielfalt und Klima (Kongress)

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimas ist eine Schicksalsfrage für die Menschheit. Die Weltgemeinschaft ist daher zu Kompromissen genötigt, wenn der Planet gerettet werden soll.



Fachgespräch im Fraktionssitzungssaal

07.10.2010

Wasser – Schlüssel für nachhaltige Entwicklung (Fachgespräch)

Die Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung ist eine der größten Herausforderungen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

27.10.2010

Mehr Frauen in Führungspositionen (Kongress)

Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist in den letzten Jahren nur leicht gestiegen. Die Fraktion erörterte Strategien, wie der Anteil weiblicher Führungskräfte erhöht werden kann.

Weiterführende Informationen:
www.veranstaltungen.cdusu.de

Weitere Informationen zu ausgewählten Politikfeldern der Fraktion finden Sie im Internet unter folgenden Links:

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
www.cducsu.de/agrarundverbraucher

Familie, Senioren, Frauen und Jugend
www.cducsu.de/familie

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
www.cducsu.de/verkehr

Sport und Ehrenamt
www.cducsu.de/sport

Kultur und Medien
www.cducsu.de/kultur

Tourismus
www.cducsu.de/tourismus

Petitionen
www.cducsu.de/petitionen

Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft
www.cducsu.de/eidg

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
www.cducsu.de/nachhaltigkeit

1. Untersuchungsausschuss
www.cducsu.de/1untersuchungsausschuss

Gruppe der Frauen
www.cducsu.de/frauen

Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik
www.cducsu.de/kommunales

Arbeitnehmergruppe
www.cducsu.de/arbeitnehmer

Parlamentskreis Mittelstand
www.cducsu.de/mittelstand

Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
www.cducsu.de/vertriebene

Junge Gruppe
www.cducsu.de/jungegruppe

Beauftragte für Menschen mit Behinderungen
www.cducsu.de/behindertenpolitik

Beauftragter für die maritime Wirtschaft
www.cducsu.de/maritimewirtschaft

Beauftragter für Elektromobilität
www.cducsu.de/elektromobilitaet

Beauftragter für IT-, Kommunikations- und Postpolitik
www.cducsu.de/itundpost

Energiekoordinationsgruppe
www.cducsu.de/energie

Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften
www.cducsu.de/kirchen

Projektgruppe Integration
www.cducsu.de/integration



Teilnehmer der Fraktionsklausur am 8./9. September 2010
im Berliner Reichstag

Gremien

Fraktionsvorstand

Geschäftsführender Vorstand

Fraktionsvorsitzender:
Volker Kauder

Erster Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe:
Dr. Hans-Peter Friedrich

Stellvertretende Vorsitzende mit den Arbeitsbereichen:

Recht, Innen, Sport und Ehrenamt,
Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler
Dr. Günter Krings

Wirtschaft und Technologie, Mittelstand,
Tourismus, Petitionen
Dr. Michael Fuchs

Haushalt, Finanzen, Kommunalpolitik
Dr. Michael Meister

Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
Johannes Singhammer

Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Arbeit und Soziales, Kirchen,
Arbeitnehmer
Ingrid Fischbach

Außen, Verteidigung, Europa
Dr. Andreas Schockenhoff

Wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung, Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
Dr. Christian Ruck

Bildung und Forschung, Kunst,
Kultur und Medien
Michael Kretschmer

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung,
Aufbau Ost, Menschenrechte
Arnold Vaatz

Parlamentarische Geschäftsführer:

Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer
Peter Altmaier

Stellvertreter des Ersten Parlama-
tarischen Geschäftsführers und
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CSU-Landesgruppe
Stefan Müller

Michaela Noll
Manfred Grund
Bernhard Kaster

Justiziar
Michael Grosse-Brömer
Dr. Wolfgang Götzer

Sprecher der CDU-Landesgruppen
Joachim Hörster

Arbeitsgruppen und Soziologische Gruppen

Vorsitzende der Arbeitsgruppen:

Recht

Andrea Voßhoff

Innen, Aufbau Ost

Dr. Hans-Peter Uhl

Wirtschaft und Technologie

Dr. Joachim Pfeiffer

Finanzen

Leo Dautzenberg

Haushalt

Norbert Barthle

Gesundheit

Jens Spahn

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Peter Bleser

Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dorothee Bär

Arbeit und Soziales

Karl Schiewerling

Auswärtiges

Philipp Mißfelder

Verteidigung

Ernst-Reinhard Beck

Angelegenheiten der Europäischen Union

Michael Stübgen

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dirk Fischer

Bildung und Forschung

Albert Rupprecht

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Marie-Luise Dött

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Holger Haibach

Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Erika Steinbach

Sport und Ehrenamt

Klaus Riegert

Kultur und Medien

Wolfgang Börnßen

Tourismus

Marlene Mortler

Petitionen

Günter Baumann

Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft

Jens Koeppen

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Daniela Raab

1. Untersuchungsausschuss

Reinhard Grindel

Vorsitzende der Soziologischen Gruppen:

Gruppe der Frauen

Rita Pawelski

Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik

Peter Götz

Arbeitnehmergruppe

Peter Weiß

Parlamentskreis Mittelstand

Dr. Michael Fuchs

Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Klaus Brähmig

Junge Gruppe

Marco Wanderwitz

Beisitzer im Fraktionsvorstand:

Thomas Bareiß
Axel E. Fischer
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Erich G. Fritz
Reinhard Grindel
Prof. Monika Grütters
Ernst Hinsken
Dr. Rolf Koschorrek
Dr. h.c. Hans Michelbach
Ruprecht Polenz
Christian Freiherr von Stetten
Max Straubinger
Antje Tillmann
Elisabeth Winkelmeier-Becker

Weitere Gremien

Beauftragte des Vorsitzenden:

**Beauftragte für Menschen mit
Behinderungen**
Maria Michalk

Beauftragter für die maritime Wirtschaft
Eckhardt Rehberg

Beauftragter für Elektromobilität
Andreas Jung

**Beauftragter für IT-,
Kommunikations- und Postpolitik**
Dr. Georg Nüßlein

Energiekoordinationsgruppe
Thomas Bareiß

**Beauftragte für Kirchen und
Religionsgemeinschaften**
Dr. Maria Flachsbarth

Projektgruppe Integration
Stefan Müller

Vorsitzende der Landesgruppen:

Baden-Württemberg
Thomas Strobl

Berlin
Kai Wegner

Brandenburg
Michael Stübgen

Bremen
Bernd Neumann

Hamburg
Dirk Fischer

Hessen
Dr. Michael Meister

Mecklenburg-Vorpommern
Eckhardt Rehberg

Niedersachsen
Michael Grosse-Brömer

Nordrhein-Westfalen
Peter Hintze

Rheinland-Pfalz
Joachim Hörster

Saarland
Peter Altmaier

Sachsen
Dr. Michael Luther

Sachsen-Anhalt
Ulrich Petzold

Schleswig-Holstein
Dr. Ole Schröder

Thüringen
Manfred Grund

Gremien des Bundestages

Bundestagspräsident:
Prof. Dr. Norbert Lammert

Bundestagsvizepräsidentin:
Gerda Hasselfeldt

**Vorsitzende der
Bundestagsausschüsse:**

Rechtsausschuss
Siegfried Kauder

Innenausschuss
Wolfgang Bosbach

Auswärtiger Ausschuss
Ruprecht Polenz

Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union
Gunther Krichbaum

Ausschuss für Kultur und Medien
Prof. Monika Grütters

Ausschuss für Tourismus
Klaus Brähmig

Ausschuss für Wahlprüfung,
Immunität und Geschäftsordnung
Thomas Strobl

Ausschuss für Wirtschaft und
Technologie
Eduard Oswald

Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung
Dagmar G. Wöhrl

Enquete-Kommission Internet und
digitale Gesellschaft
Axel E. Fischer

1. Untersuchungsausschuss
Dr. Maria Flachsbarth

**Parlamentarischer Beirat für
nachhaltige Entwicklung**

Vorsitz
Andreas Jung

239 CDU/CSU- Bundestagsabgeordnete

A

Aigner, Ilse
Altmaier, Peter
Aumer, Peter

B

Bär, Dorothee
Bareiß, Thomas
Barthle, Norbert
Baumann, Günter
Beck, Ernst-Reinhard
Behrens, Manfred
Bellmann, Veronika
Bergner, Dr. Christoph
Beyer, Peter
Bilger, Steffen
Binninger, Clemens
Bleser, Peter
Böhmer, Prof. Dr. Maria
Börnsen, Wolfgang
Bosbach, Wolfgang
Brackmann, Norbert
Brähmig, Klaus
Brand, Michael
Brandl, Dr. Reinhard
Brandt, Helmut
Brauksiepe, Dr. Ralf
Braun, Dr. Helge
Brehmer, Heike
Brinkhaus, Ralph

C

Connemann, Gitta

D

Dautzenberg, Leo
Dobrindt, Alexander
Dörflinger, Thomas
Dött, Marie-Luise

F

Feist, Dr. Thomas
Ferlemann, Enak
Fischbach, Ingrid
Fischer, Axel E.
Fischer, Dirk
Fischer, Hartwig
Flachsbarth, Dr. Maria
Flosbach, Klaus-Peter
Frankenhauser, Herbert
Friedrich, Dr. Hans-Peter
Frieser, Michael
Fritz, Erich G.
Fuchs, Dr. Michael
Fuchtel, Hans-Joachim
Funk, Alexander

G

Gädechens, Ingo
Gauweiler, Dr. Peter

Gebhart, Dr. Thomas
Geis, Norbert
Gerig, Alois
Gienger, Eberhard
Glos, Michael
Göppel, Josef
Götz, Peter
Götzer, Dr. Wolfgang
Granold, Ute
Grindel, Reinhard
Gröhe, Hermann
Grosse-Brömer, Michael
Grübel, Markus
Grütters, Prof. Monika
Grund, Manfred
Guttenberg, Dr. Karl-Theodor Freiherr
von und zu
Gutting, Olav

H

Hahn, Florian
Haibach, Holger
Harbarth, Dr. Stephan
Hardt, Jürgen
Hasselfeldt, Gerda
Heider, Dr. Matthias
Heil, Mechthild
Heinen-Esser, Ursula
Heinrich, Frank
Henke, Rudolf
Hennrich, Michael
Herrmann, Jürgen
Heveling, Ansgar
Hinsken, Ernst

Hintze, Peter
Hirte, Christian
Hochbaum, Robert
Hörster, Joachim
Holmeier, Karl
Holzenkamp, Franz-Josef
Hübinger, Anette

J

Jarzombek, Thomas
Jasper, Dieter
Jüttner, Prof. Dr. Egon
Jung, Andreas
Jung, Dr. Franz Josef

K

Kalb, Bartholomäus
Kammer, Hans-Werner
Kampeter, Steffen
Karl, Alois
Kaster, Bernhard
Kauder, Siegfried
Kauder, Volker
Kaufmann, Dr. Stefan
Kiesewetter, Roderich
Klaeden, Eckart von
Klamt, Ewa
Klein, Volkmar
Klimke, Jürgen
 Klöckner, Julia
Knoerig, Axel
Koeppen, Jens

Kolbe, Manfred
Koschorrek, Dr. Rolf
Koschyk, Hartmut
Kossendey, Thomas
Kretschmer, Michael
Krichbaum, Gunther
Kriings, Dr. Günter
Kruse, Rüdiger
Kudla, Bettina
Kues, Dr. Hermann

L

Lach, Günter
Lämmel, Andreas
Lamers, Dr. Karl
Lammert, Prof. Dr. Norbert
Landgraf, Katharina
Lange, Ulrich
Lehmer, Dr. Max
Lehrieder, Paul
Leyen, Dr. Ursula von der
Liebing, Ingbert
Lietz, Matthias
Linnemann, Dr. Carsten
Lips, Patricia
Luczak, Dr. Jan-Marco
Luther, Dr. Michael

M

Maag, Karin
Maizière, Dr. Thomas de
Marwitz, Hans-Georg von der

Mattfeldt, Andreas
Mayer, Stephan
Meister, Dr. Michael
Merkel, Dr. Angela
Michalk, Maria
Michelbach, Dr. h.c. Hans
Middelberg, Dr. Mathias
Mißfelder, Philipp
Monstadt, Dietrich
Mortler, Marlene
Müller, Dr. Gerd
Müller, Stefan
Murmans, Dr. Philipp

N

Neumann, Bernd
Noll, Michaela
Nüßlein, Dr. Georg

O

Obermeier, Franz
Oswald, Eduard
Otte, Henning

P

Paul, Dr. Michael
Pawelski, Rita
Petzold, Ulrich
Pfeiffer, Dr. Joachim
Pfeiffer, Sibylle

Philipp, Beatrix
Pofalla, Ronald
Poland, Christoph
Polenz, Ruprecht
Pols, Eckhard

R

Raab, Daniela
Rachel, Thomas
Ramsauer, Dr. Peter
Rehberg, Eckhardt
Reiche, Katherina
Riebsamen, Lothar
Rief, Josef
Riegert, Klaus
Riesenhuber, Prof. Dr. Heinz
Röring, Johannes
Röttgen, Dr. Norbert
Ruck, Dr. Christian
Rüddel, Erwin
Rupprecht, Albert

S

Schäfer, Anita
Schäuble, Dr. Wolfgang
Schavan, Prof. Dr. Annette
Scheuer, Dr. Andreas
Schiewerling, Karl
Schindler, Norbert
Schipanski, Tankred
Schirmbeck, Georg
Schmidt, Christian

Schnieder, Patrick
Schockenhoff, Dr. Andreas
Schön, Nadine
Schröder, Dr. Kristina
Schröder, Dr. Ole
Schulte-Drüggelte, Bernhard
Schummer, Uwe
Schuster, Armin
Seif, Detlef
Selle, Johannes
Sendker, Reinhold
Sensburg, Prof. Dr. Patrick
Siebert, Bernd
Silberhorn, Thomas
Singhammer, Johannes
Spahn, Jens
Stauche, Carola
Steffel, Dr. Frank
Steinbach, Erika
Stetten, Christian Freiherr von
Stier, Dieter
Storjohann, Gero
Stracke, Stephan
Straubinger, Max
Strenz, Karin
Strobl, Thomas
Strothmann, Lena
Stübgen, Michael

T

Tauber, Dr. Peter
Tillmann, Antje

U

Uhl, Dr. Hans-Peter

V

Vaatz, Arnold
Vogel, Volkmar
Vogelsang, Stefanie
Voßhoff, Andrea

W

Wadepful, Dr. Johann David
Wanderwitz, Marco
Wegner, Kai
Weinberg, Marcus
Weiß, Peter
Weiss, Sabine
Wellenreuther, Ingo
Wellmann, Karl-Georg
Wichtel, Heinz Peter
Widmann-Mauz, Annette
Willsch, Klaus-Peter
Winkelmeier-Becker, Elisabeth
Wöhrl, Dagmar G.

Z

Zimmer, Dr. Matthias
Zöller, Wolfgang
Zylajew, Willi

Kontakt

CDU/CSU- Bundestagsabgeordnete

Anschrift

Vorname und Zuname
der/des Bundestagsabgeordneten
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail

Berliner Büro
vorname.zuname@bundestag.de

Wahlkreisbüro

vorname.zuname@wk.bundestag.de

Bürgerbüro

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ein Büro für Bürgerkommunikation eingerichtet.

Bei Fragen, Anregungen und Kommentaren zur Arbeit der Unionsfraktion erreichen Sie es unter:

Bürgertelefon: (030) 227-55550
www.cducusu.de/kontakt

www.cducusu.de



Weitere Informationen über die CDU/CSU-Fraktion erhalten Sie auf der Homepage der Fraktion unter www.cducusu.de.

Die CSU-Landesgruppe erreichen Sie unter www.csu-landesgruppe.de.

Sie finden uns auch:

- bei Facebook unter www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion
 - bei Twitter unter <http://twitter.com/cducusubt>
 - auf unserem YouTube-Kanal unter www.youtube.com/cducusu
- Unser Blog: <http://blogfraktion.de>

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Impressum

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Peter Altmaier
Stefan Müller
Parlamentarische Geschäftsführer
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: (030) 227-55374
Telefax: (030) 227-50146
fraktion@cducsu.de, www.cducsu.de

Redaktion

Ulrich Scharlack, Dr. Dominik Geißler,
Dr. Kristin Schneidewindt, Claudia Kemmer, Frank Bergmann

Fotos

Deutscher Bundestag/Stephan Erfurt,
Deutscher Bundestag/Studio Kohlmeier, KUXMA/Christian
Doppelgatz, Frank Bergmann, Markus Hammes,
Armin Linnartz, Michael Maiworm

iStockphoto.com/Yuri Arcurs, Sam Edwards/Getty Images,
HBSS/Corbis, iStockphoto.com/H-Gall, MM Productions/Corbis,
Oliver Rossi/Corbis, Joris van Velzen/Getty Images,
Luca Zanetti/laif

Design

COMMON WORKS Gesellschaft für Kommunikation
und Öffentlichkeitsarbeit mbH, www.common.de
Sebastian Schramm

Datum

November 2010

Druck und Bildbearbeitung

Friedrich Bischoff Druckerei GmbH, Frankfurt am Main

Lektorat

Michael Köhler, Frankfurt am Main

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient
ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahl-
kampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

